

Gemeinsam stark: Kooperation von Deutschlehrer*innen, Hochschul- und multilingualen Fremdsprachenlehrer*innenverbänden im Netzwerk des IDV

Geraldo de Carvalho, Liana Konstantinidou

in Zusammenarbeit mit Martin Baumgartner, Puneet Kaur, Antroula Papakyriakou und Sebastian Vötter¹

Sprachbildung umfasst nicht mehr nur die Kompetenzentwicklung in einer Sprache, sondern zielt auf die Entwicklung plurilingueller Profile ab, die Lernenden ermöglichen, verschiedene Kommunikationssituationen in unterschiedlichen Sprachen und Varietäten zu bewältigen. Dieses Verständnis von Sprachbildung wurde im Podium Plus der IDT 2022 *Gemeinsam stark: Kooperation von Deutschlehrer*innen, Hochschul- und multilingualen Fremdsprachenlehrer*innenverbänden im Netzwerk des IDV* diskutiert und im Kontext sprachpolitischen Handelns reflektiert. Im folgenden Beitrag fassen wir die Ergebnisse der Diskussion zusammen und reflektieren diese aus der Perspektive der Verbände, der Mittlerorganisationen, der Bildungspolitik und der Hochschule.

1 Einleitung

Die Fähigkeit, in verschiedenen Sprachen effektiv zu kommunizieren, stellt eine der acht Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen dar (EU-Kommission, 2019). Im Kontext von Mobilität, Migration und internationaler Zusammenarbeit bezieht sich diese Fähigkeit auf Fremd-, Zweit-, Schul- und/oder Herkunftssprachen und umfasst explizit auch Mediationskompetenzen (Europarat, 2018). Sprachbildung setzt sich nicht mehr nur die Kompetenzentwicklung in einer Sprache zum Ziel, sondern auch die Entwicklung plurilingueller Profile. Dabei handelt es sich um die wechselseitige Ergänzung von unausgewogenen Fähigkeiten Lernender in allen Sprachen und nicht unbedingt um die Erreichung des höchsten Kompetenzniveaus in einer Sprache (Goullier, 2007, S. 15). Vor diesem Hintergrund geht es bei sprachpolitischen Entscheidungen auch nicht mehr um einen Wettbewerb der Sprachen, sondern um die Komplementarität der Sprachen und die sprachliche Diversität. Die Förderung der deutschen Sprache findet deshalb im Kontext der Förderung der Mehrsprachigkeit statt (Krumm, 2009, 2021).

Wie dieses Verständnis von Sprache die Zusammenarbeit der Fremdsprachenlehrer*innenverbände verändert und wie sich sprachpolitisches Handeln dadurch neugestaltet, diskutierten wir im Rahmen des Podiums Plus der IDT 2022.

1 Für die Protokollierung der Podiumsdiskussion bedanken wir uns bei Denise Lohmeyer.

Die Grundlage für die Podiumsdiskussion bildeten drei Texte, welche die Podiumsleitung gemeinsam mit den Diskutant*innen im Vorfeld der Tagung auswählte. Mit diesen Texten beschäftigten sich im Rahmen des Podiums Plus die drei hierfür ad hoc gebildeten Teilnehmenden-Gruppen, die anschließend ihre Fragen und Kommentare zur Diskussion beisteuerten. Die drei ausgewählten Texte setzen sich mit sprachenpolitischem Handeln auseinander, das zur Förderung multilingualer Areale bzw. plurilingualer Profile beitragen soll. Im [Abschnitt 2](#) werden diese drei Beiträge kurz skizziert und das Verständnis vom sprachenpolitischen Handeln im Kontext der Förderung linguistischer Diversität theoretisch eingeführt.

Auf dem Podium diskutierten i) Martin Baumgartner, ehemaliger Direktor des Schweizerischen Zentrums für die Mittelschule, Schweiz; ii) Puneet Kaur, Generalsekretärin des Internationalen Deutschlehrerinnen- und Deutschlehrerverbands und Beauftragte Bildungskoooperation Deutsch, Goethe-Institut New Delhi, Indien; iii) Antroulla Papakyriakou, Assistenzprofessorin, Universität Nicosia, Zypern; iv) Sebastian Vötter, regionaler Fachbeauftragter für Sprache, stellvertretender Institutsleiter, Goethe-Institut Kairo, Ägypten. Im Podium waren durch diese Zusammensetzung die Perspektiven der Bildungspolitik, der Sprachenverbände, der Hochschule sowie der Mittlerorganisationen vertreten.

Die Ergebnisse der Diskussion werden im [Abschnitt 3](#) zusammengefasst und anschließend kritisch diskutiert.

2 Sprachenpolitisches Handeln im Kontext linguistischer Diversität

Sprachenpolitik umfasst Handlungen, die den Gebrauch, die Verbreitung und die Förderung einer Sprache gezielt regeln. Sprachenpolitik wird von staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen ausgeübt; in letzteren spielen einzelne Personen mit ihren Initiativen eine entscheidende Rolle (Koglbauer & Jaržabek, 2019; Krumm, 2021).

Sprachenpolitisches Handeln im Kontext linguistischer Diversität kann zu einem Wettbewerb der Sprachen führen, der aber den Bedürfnissen ihrer Zielgruppen nicht gerecht wird. Denn Mehrsprachigkeit ist in einer globalisierten Welt – auch in Ländern, die sich in der Vergangenheit als einsprachig verstanden haben – Normalität, und Menschen, die in ihrem Alltag mehrere Sprachen verwenden, verfügen über keine gleichmäßige Sprachkompetenz und keine unveränderten kommunikativen Bedürfnisse. Plurilinguale Menschen verfügen eher über ein zusammenhängendes, uneinheitliches, plurilinguales Repertoire, das sie flexibel einsetzen (Europarat, 2018; Krumm, 2022), um kommunikative Aufgaben in unterschiedlichen Kontexten zu bewältigen oder um zwischen Sprachen bzw. innerhalb einer Sprache zu mitteln. Für die selbstbestimmte Weiterentwicklung dieses Repertoires braucht es ein entsprechendes Angebot und eine ideologiefreie Einstellung gegenüber Mehrsprachigkeit.

Die drei für das Podium Plus ausgewählten Beiträge bestehen aus Thesen und Empfehlungen, welche die Entwicklung dieses Angebots und dieser Einstellung ermöglichen sollen, und werden im Folgenden kurz skizziert.

2.1 Empfehlung CM/Rec(2022)1 des Komitees der Ministerinnen und Minister an die Mitgliedstaaten über die Bedeutung der plurilingualen und interkulturellen Bildung für die demokratische Kultur

Am 2. Februar 2022 wurde die neue Empfehlung über die Bedeutung der plurilingualen und interkulturellen Bildung für die Demokratiebildung vom Komitee der Ministerinnen und Minister des Europarates angenommen. Dies stellt eine erste ganzheitliche, lernendenzentrierte Vision des Sprachenlernens dar, welche Sprache in den Mittelpunkt des Lernens stellt und alle Sprachen, alle Bildungsbereiche, Interessengruppen und Akteur*innen einbezieht.

Die Empfehlung geht von den kognitiven, sprachlichen und sozialen Vorteilen der Mehrsprachigkeit aus und reflektiert, wie mehrsprachige und interkulturelle Kompetenzen zum Bildungserfolg, zur gesellschaftlichen Integration, zum gegenseitigen Verständnis, aber auch zum kritischen Denken und demzufolge zur demokratischen Kultur beitragen. Relevante Zielgruppen, die zur Umsetzung der Empfehlung beitragen können, werden benannt, Definitionen der wesentlichen Konzepte dargestellt und diskutiert, Massnahmen vorgeschlagen. Dabei werden die Herausforderungen hinsichtlich der Umsetzung reflektiert: Die vollständige Umsetzung der Maßnahmen „[ist] eine Aufgabe, die viele Jahre in Anspruch nimmt, da sie nicht nur Veränderungen in der Bildungspolitik und -praxis, sondern auch in der gesellschaftlichen Einstellung zur sprachlichen und kulturellen Vielfalt mit sich bringt“ (Europarat, 2022, S.9). „In der Zwischenzeit kann jedoch viel erreicht werden“, heißt es weiter, „indem Politik und Praxis auf der Ebene der Bildungseinrichtungen und der Klassenzimmer angepasst werden“ (Europarat, 2022, S.9).

Die Empfehlung ist ursprünglich auf Englisch und Französisch erschienen. Der Internationale Deutschlehrerinnen- und Deutschlehrerverband (IDV) erkannte die Bedeutung des Papiers für das eigene sprachpolitische Handeln und das seiner Mitglieder. Deshalb übernahm er die Verantwortung für die Übersetzung in die deutsche Sprache, die von den Podiumsleitenden und Autor*innen des vorliegenden Beitrags Geraldo de Carvalho und Liana Konstantinidou getätigt wurde.

Die Empfehlung adressiert unterschiedliche für den IDV relevante Zielgruppen, enthält eine umfangreiche Aufgabenliste für die Entwicklung des Fremdsprachenunterrichts und bietet daher einen wertvollen Fundus an Prinzipien, Definitionen und Maßnahmen für die Diskussion mit einem breitgefächerten Publikum.

2.2 Freiburger Resolution zur Sprachenpolitik

Die 11 Thesen zur Stärkung und Weiterentwicklung von Deutsch als Fremd- und Zweitsprache wurden von den Teilnehmenden der XVI. Internationalen Tagung der Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer 2017 (IDT 2017) an der Schlussveranstaltung vom 4. August 2017 in Fribourg/Freiburg als Resolution verabschiedet, um u. a. die Position der deutschen Sprache im Kontext der Mehrsprachigkeit weltweit zu stärken.

In der ersten These wird in der Resolution die weltweite Förderung der deutschen Sprache durch die deutschsprachigen Länder als vorrangiges Ziel angesehen, um die Position des Deutschen in einer multilingualen Gesellschaft zu verankern. Ferner (These 2) wird die Zusammenarbeit zwischen Verbänden unterschiedlicher Fremdsprachen als hauptsächliche Aufgabe der Verbände erachtet und „die konsequente Ausrichtung auf Konzepte der Mehrsprachigkeit“ (IDT 2017, S. 2) besonders empfohlen. Organisatorisch gesehen „steht die Vernetzung zwischen Verbänden unterschiedlicher (Fremd-)Sprachen im Vordergrund“ (IDT 2017, S. 2). Daher spielt die Freiburger Resolution eine grundlegende Rolle, wenn die Zusammenarbeit zwischen Verbänden verschiedener Fremdsprachen zur Debatte gestellt wird.

2.3 Thesen von Dénesfa: Positionierung des ÖDaF zu Deutsch als Zweitsprache

Der Österreichische Verband für Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache (ÖDaF) formulierte 2017 in den Thesen von Dénesfa seine Positionierung zu sprachen- und migrationspolitischen Fragestellungen im Kontext Deutsch als Zweitsprache (DaZ). Die 12 Thesen umfassen die zwei großen Themenbereiche „Deutsch als Zweitsprache in der Migrationsgesellschaft“ und „Rahmenbedingungen für Deutsch als Zweitsprache in Bildungsangeboten“, in denen u. a. der Mehrsprachigkeit große Beachtung geschenkt wird.

Obwohl die Thesen auf DaZ in einer Migrationsgesellschaft wie in Österreich fokussieren, greift das Papier menschenrechtliche Fragen (wie These 3) und Kernpunkte der Mehrsprachigkeit auf, die weltweit von Bedeutung sind. Beispielsweise beansprucht These 6 ein „mehrsprachig angelegtes Bildungssystem [...], das grundsätzlich alle Sprachen eines Menschen“ fördern soll (ÖDaF, 2017), was seinerseits im Einklang mit der Empfehlung des Europarats ([Abschnitt 2.1](#) oben) steht. Ferner heißt es in These 9, dass in der „Aus-, Fort- und Weiterbildung von allen Lehrenden [...] Inhalte auf Mehrsprachigkeit orientiert“ und mehrsprachige Lehrkräfte „für den Beruf gewonnen werden“ sollen (ÖDaF, 2017). Diese und weitere Forderungen des ÖDaF reflektieren den Aspekt der Mehrsprachigkeit im Kontext von Migration und Globalisierung – eine Thematik, die nicht nur in den DACHL-Ländern relevant ist – und bilden ebenfalls eine fundierte Grundlage für die Zusammenarbeit der Verbände weltweit.

3 Ergebnisse der Podiumsdiskussion

Aus der Auseinandersetzung der Podiumsteilnehmenden mit den drei Beiträgen ergaben sich Fragen und Kommentare, die folgende Aspekte betrafen:

- (a) das sprachpolitische Handeln allgemein (z. B. Wer übt Sprachpolitik aus? Was ist die Rolle der Mittlerorganisationen in den jeweiligen Ländern?);
- (b) konkrete Beispiele sprachpolitischen Agierens (Berichte aus den jeweiligen Deutschlehrer*innen-Verbänden);
- (c) die Wirkung sprachpolitischer Initiativen (z. B. Wie verbindlich sind die sprachpolitischen Thesen der jeweiligen IDT? Sollte es eine Kontrollinstanz geben?);
- (d) den eventuellen Widerspruch zwischen der Förderung der deutschen Sprache und der Förderung der Mehrsprachigkeit;
- (e) die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen hinsichtlich der Umsetzung sprachpolitischer Thesen (z. B. Welche Unterstützung braucht es für die Lehrpersonen zur Umsetzung dieser Empfehlungen?);
- (f) die Gemeinsamkeiten sprachpolitischen Handelns im DaF- und DaZ-Kontext (z. B. DaZ in der Schule und berufsspezifische Sprachförderung: Inwieweit sind diese Aspekte relevant im nicht-deutschsprachigen Raum?).

Die Antworten werden aus der Perspektive der Verbände, der Mittlerorganisationen, der Bildungspolitik und der Hochschule zusammengefasst.

3.1 Sprachenpolitisches Handeln aus der Perspektive der Verbände

Der Begriff „Verband“ bezeichnet den Zusammenschluss von Personen mit gemeinsamen Interessen zur Verfolgung gemeinsamer Ziele (Bundeszentrale für politische Bildung, 2023). In diesem Sinne vertreten Verbände von Deutschlehrenden die Interessen von Lehrkräften für DaF/DaZ in den jeweiligen Ländern und bilden vor allem Netzwerke, in denen Lehrende sich austauschen können. Sie sind nicht zuletzt Gruppierungen, die gegenüber Behörden, Ministerien und der Öffentlichkeit ihre Interessen professionell wahrnehmen.

Eine wichtige Aufgabe der Verbände ist – wie in der These 2 der Freiburger Resolution zur Sprachenpolitik festgehalten – das Ausüben von Sprachenpolitik, und zwar in Zusammenarbeit mit Verbänden unterschiedlicher (Fremd-)Sprachen:

Um Deutsch im Wettbewerb der Sprachen mehr Gewicht zu geben und DaF/DaZ im Rahmen der Fremdsprachenvermittlung angemessen zu positionieren, sollten verbandspolitische Aktivitäten heute klarer denn je bei der Mehrsprachigkeit als Rahmenkonzept ansetzen. Dies dient der Vernetzung zwischen Verbänden unterschiedlicher (Fremd-)Sprachen, die zunehmend zu einer vorrangigen Verbandsaufgabe werden soll. (IDT 2017, S. 2)

Vor diesem Hintergrund erarbeitete der IDV in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut eine Handreichung, um seine Mitgliedsverbände bei ihrer Arbeit zu unterstützen (Sprachenpolitische Kommission des IDV, 2021). Wie in der Handreichung geht es auch in der Podiumsdiskussion um die Stärkung der nationalen Verbände in ihrer sprachpolitischen Arbeit. Nationale Verbände kennen die jeweiligen regionalen bildungspolitischen Kontexte sowie Entscheidungsträger*innen in ihren eigenen Ländern am besten und sollen deshalb hier eine führende Rolle übernehmen. Die Mittlerorganisationen können hier eine unterstützende Rolle übernehmen (dazu auch These 3 der Freiburger Resolution zur Sprachenpolitik).

Für die Übernahme dieser führenden Rolle braucht es erstens eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem aktuellen sprachpolitischen Diskurs und der gegenwärtigen sprachpolitischen Praxis. Diese Auseinandersetzung soll zu einem gemeinsamen Verständnis über die Rolle, Ziele und Strategien des jeweiligen Verbands im Rahmen sprachpolitischen Agierens führen und ist nicht nur als eine Auflistung der Herausforderungen zu verstehen. Vielmehr bildet sie die Grundlage für Lösungen und eine informierte, sachorientierte sowie forschungsbasierte Argumentation gegenüber den Entscheidungsträgern.

Zweitens erfordert es eine Identifikation von Anspruchsgruppen, die gleiche Ziele verfolgen oder Entscheidungen mitgestalten können (Sprachenpolitische Kommission des IDV, 2021). In diesem Zusammenhang sind andere Fremdsprachen- bzw. multilinguale Verbände, die meistens dieselben Interessen wie die Verbände der Deutschlehrer*innen haben, sehr wichtige Partner*innen. Denn das Argument der Förderung der deutschen Sprache weltweit kann nur auf der Förderung der Mehrsprachigkeit beruhen. Wenn nur eine Fremdsprache gelernt werden soll, dann ist diese aktuell sicher nicht die deutsche. Deshalb ist gemäss Krumm (2009) die Mehrsprachigkeit eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die deutsche Sprache international überhaupt eine Chance hat. In diesem Sinne sind Verbände weiterer Fremdsprachen Mitstreiter*innen, welche mit uns gemeinsam die (Fremd-)Sprachenpolitik eines Landes beeinflussen können.

Andere wichtige Partner*innen können Entscheidungsträger*innen wie Politiker*innen, Schulleitungen, Elternvertretungen und in einigen Ländern Schulinspektor*innen sein. Diese können durch gezielte Maßnahmen wie zum Beispiel Infoveranstaltungen, Wettbewerbe und kulturelle Anlässe, Umfragen oder Petitionen für die Bedeutung der deutschen Sprache im Kontext der Mehrsprachigkeit sensibilisiert werden (Sprachenpolitische Kommission des IDV, 2021). Die Gewinnung wichtiger Entscheidungsträger*innen ist essenziell und soll im Sinne einer breiteren Verankerung vor den Gesprächen mit Ministerien und Behörden stattfinden.

3.2 Sprachenpolitisches Handeln aus der Perspektive der Mittlerorganisationen

Deutschland und Österreich finanzieren Mittlerorganisationen (z. B. Deutsche Welle, Goethe-Institut, OeAD, Österreich-Institut GmbH), welche die deutsche Sprache und Kulturen des deutschsprachigen Raums sowie Bildungskooperationen im Ausland fördern. In der Schweiz stehen keine eidgenössischen Mittel zur Finanzierung von Mittlerorganisationen zur Verfügung. Verschiedene Ämter unterstützen entsprechende Bemühungen punktuell (EDA, EDK, SBFI, Pro Helvetia; für einen Überblick der Mittlerorganisationen siehe auch Sprachenpolitische Kommission des IDV, 2021; Hoefele, 2019). Aus diesem Grund ist das institutionelle sprachpolitische Handeln der Schweiz im Ausland weniger spürbar.

Mittlerorganisationen und Partner*innen aus den DACHL-Ländern können die Verbände der Deutschlehrer*innen durch finanzielle Mittel und ihr Knowhow über Bildungskooperationen unterstützen. In diesem Sinne sind zum Beispiel Goethe-Institute in den Verbänden selbst vertreten. Die Federführung soll jedoch bei den nationalen und lokalen Verbänden selbst bleiben. Vorschläge und Projektideen der Mittlerorganisationen sind eher als Anregungen zu verstehen, die den Diskurs anstossen.

Hinsichtlich der Involvierung der Mittlerorganisationen beim sprachpolitischen Handeln in den einzelnen Ländern äussern Verbandsvertreter*innen und Expert*innen dennoch eine gewisse Skepsis. Sie führe in gewissen Ländern dazu, dass sprachpolitische Entscheidungen eher mit ausserpolitischen Anliegen und Strategien verbunden werden. Deshalb entsprechen sie nicht immer den Bedürfnissen der Zielgruppen bzw. der Lernenden, sondern widerspiegeln Allianzen auf ausserpolitischer Ebene. Es empfiehlt sich deshalb eine Entkopplung der Sprachenpolitik von der Aussenpolitik. Als Grundlage für sprachpolitische Entscheidungen können zum Beispiel Umfragen mit primären und sekundären Zielgruppen der Sprachförderung, aktuelle Zahlen über Outgoing-Studierende und -Arbeitskräfte sowie über Bildungs- und Wirtschaftskooperationen dienen.

Für diese Entkopplung der Sprachenpolitik von der Aussenpolitik spreche auch eine mögliche Instabilität der ausserpolitischen Beziehungen, Ziele und Strategien, welche eine nachhaltige, zielgruppenorientierte Mehrsprachigkeitsförderung verhindert. Für ein zielführendes sprachpolitisches Handeln bewähre sich, so die Expert*innen und Podiumsteilnehmenden, eher die Bildung von Netzwerken, die breit gestützt sind und in denen auch die Mittlerorganisationen sowie Akteur*innen aus Verbänden weiterer (Fremd-)Sprachen vertreten sind. Deutschlehrenden-Verbände mit geringer Mitgliederzahl können besonders von solchen Netzwerken profitieren.

3.3 Sprachenpolitisches Handeln aus der Perspektive der Bildungspolitik

Auch aus der Perspektive der Bildungspolitik wird die Wichtigkeit breit gestützter Netzwerke betont. Sie erlauben einen Dialog zwischen der Praxis und den bildungspolitischen Akteur*innen. Idealerweise beteiligen sich Vertreter*innen der Forschung ebenfalls an solchen Netzwerken. Dabei solle die Forschung ihre Ergebnisse aktiver und verständlicher kommunizieren, so der Vertreter aus der Bildungspolitik. Es sei den Politiker*innen selten klar genug, welche konkreten Vorteile die Mehrsprachigkeit mit sich bringe. Realpolitik bräuchte realpolitische Argumente. In diesem Zusammenhang wird auf die Wichtigkeit hingewiesen, sich auf Referenzdokumente für Mehrsprachigkeit zu beziehen (für einen Überblick solcher Referenzdokumente siehe auch Sprachenpolitische Kommission des IDV, 2021), wenn gegenüber politischen Instanzen für die Förderung der deutschen Sprache argumentiert wird. Referenzdokumente weisen die internationale Relevanz des Themas nach und stellen eine gute Argumentationsgrundlage dar.

Darüber hinaus gewinnt in den DACHL-Ländern der politische und bildungspolitische Diskurs über die Förderung der deutschen Sprache im Kontext von Mobilität und Migration an Bedeutung. Dies ist u. a. zu erklären durch (a) die Intensivierung der Debatte über die Frühförderung von Kindern mit Migrationshintergrund an Schulen, insbesondere nach den Erkenntnissen der PISA-Studie (OECD, 2016); (b) die gesetzliche Einführung von Sprachnachweisen im Migrationskontext: Einreise in die deutschsprachigen Länder, Aufenthalt und Einbürgerung (ALTE & Council of Europe, 2019); (c) den Fachkräftemangel und die Relevanz der Sprachkompetenz für Employability (Auswärtiges Amt, 2020); d) die Anerkennung der Integrationsförderung als staatliche Aufgabe.

Ähnliche Diskurse sind auch ausserhalb der DACHL-Länder relevant, auch wenn die Zielsprache jeweils eine andere ist, so Podiumsexpert*innen und Podiumsteilnehmende. Es geht nämlich – wenn manchmal auch unbewusst – um länderspezifische und länderübergreifende Mehrsprachigkeitsdiskurse und sprachpolitische Entscheidungen. Die Aktualität und gesellschaftliche Relevanz dieser Diskurse kann genutzt werden, um das Bewusstsein dafür zu wecken, dass Sprachenpolitik ein relevantes und eigenständiges Politikfeld ist (dazu siehe auch die Wiener Thesen zur Sprachenpolitik in diesem Band).

3.4 Sprachenpolitisches Handeln aus der Perspektive der Hochschule

Expert*innen und Podiumsteilnehmende aus der Hochschule sprechen für eine forschungsbasierte und lernendenorientierte Sprachenpolitik, die Sprache(n) nicht missbraucht, um Gruppenzugehörigkeit zu erzeugen, Identitäten zu demonstrieren, um zu exkludieren, um Treue oder Patriotismus zu zeigen oder um Status zu signalisieren (Shohamy, 2006). Sie beschreiben einerseits, wie Versuche von Fachgremien, Curricula zu entwickeln, die auf Forschungserkenntnissen basieren und die wandelnden Bedürfnisse der Lernenden berücksichtigen.

sichtigen, bei der Umsetzung aufgrund von politischen Prozessen und Ideologien scheitern.

Andererseits weisen sie darauf hin, dass Reformen im schulischen Kontext weiterhin entweder auf eine *fremdsprachliche Mehrsprachigkeit* (de Cillia, 2022) oder auf die Förderung der Schulsprache im Kontext der Integration fremdsprachiger Kinder abzielen. Die *lebensweltliche Mehrsprachigkeit* (de Cillia, 2022) der Kinder mit Migrationshintergrund wird kaum gefördert oder Familiensprachen werden im besten Fall getrennt unterrichtet (dazu auch Krumm, 2021, 2022). Sprachen existieren aber nicht nebeneinander, sie mischen sich. Mehrsprachige Kinder verfügen über Sprachenrepertoires, die sie je nach Kontext, Adressat*in und Lebensphase flexibel einsetzen. Eine Konkurrenz zwischen den Sprachen sei auch in dieser Hinsicht ein Widerspruch.

Expert*innen und Podiumsteilnehmende aus dem Hochschulkontext wünschen sich auch eine engere, von politischen Ideologien befreite Zusammenarbeit mit bildungspolitischen Akteur*innen. Dabei kritisieren sie die Forschungsfinanzierung, welche die Dissemination von Forschungsergebnissen nicht vorsieht, was die Wissenschaftskommunikation erschwert.

Darüber hinaus wünschen sie sich eine Vernetzung der Sprachlehr- und lernforschenden, unabhängig von deren erforschten Sprache. Synergien sollen nämlich in der Spracherwerbsforschung und Sprachendidaktik geschaffen werden, und dies fach- und sprachenübergreifend (DaF/DaZ; ELF, DELF).

Schließlich unterstreichen sie die Notwendigkeit der Förderung der Mehrsprachigkeit auch auf Hochschulebene. Diese soll auch die Studierendenmobilität ermöglichen. Deutschsprachige Universitäten seien unter Studierenden häufig sehr beliebt; die Chancen aber, die deutsche Sprache auf Universitätsebene zu lernen, existieren häufig nicht.

4 Zusammenfassung der Diskussion und Ausblick

Deutschlehr*innen-Verbände, Mittlerorganisationen, Bildungspolitik und Hochschulforschung engagieren sich für die Förderung der deutschen Sprache im Kontext der Mehrsprachigkeit. Dabei verfolgen sie unterschiedliche Interessen. Eine Koordination dieses Engagements durch die Bildung von Netzwerken kann zu einer Stärkung der Position der deutschen Sprache beitragen. Wenn diese Netzwerke mit entsprechenden Gruppen anderer Sprachen im Sinne einer Multilingual Literacy kooperieren, ist die Argumentation für eine Förderung der Mehrsprachigkeit breiter gestützt und die Wahrnehmung des Anliegens auf politischer Ebene sichergestellt. Dafür sollen wir klären, mit welchem Verständnis von Mehrsprachigkeit wir operieren, welche Akteur*innen sich mit welchen Stärken und Schwächen und mit welchen Interessen an den Netzwerken beteiligen, welche Prioritäten wir festlegen, wie mit Interessenkonflikten innerhalb der Netzwerke umgegangen wird.

Eine grosse Herausforderung in der Podiumsdiskussion war die Förderung der deutschen Sprache im Kontext der Förderung der Mehrsprachigkeit einzuordnen und dabei nicht in ein Konkurrenzdenken zu geraten. Verbandsvertreter*innen berichteten immer wieder von *Kämpfen* in ihren Ländern, um das Lehren und Lernen der deutschen Sprache gegenüber anderen Sprachen durchzusetzen. Es stellt sich dabei die Frage, ob durch solche *Kämpfe* die Positionierung der Sprachen in den Schulcurricula und in der Erwachsenenbildung wirklich gestärkt wird, oder ob nicht ein gemeinsames forschungsbasiertes Argumentarium für die Förderung der Mehrsprachigkeit zielführender wäre. Die Überwindung dieser Konkurrenz zwischen den Sprachen hängt nicht nur mit pragmatischen Aspekten zusammen (z. B. Arbeitsbedingungen, Arbeitsstellen), sondern auch mit der Einstellung, dass Mehrsprachigkeit verschiedene Sprachen (Familiensprachen, Schulsprachen, Minderheitensprachen, lokale Sprachen und deren Varietäten, Fremdsprachen) auf unterschiedlichen Kompetenzniveaus umfassen kann (Europarat, 2022). Diese können flexibel und sogar *gemischt* (Code Switching) eingesetzt werden, um Kommunikationssituationen zu bewältigen.

Literatur

- ALTE & Council of Europe (2019). *Linguistic Integration of Adult Migrants. Requirements and Learning Opportunities. Report on the 2018 council of Europe and ALTE Survey on language and Knowledge of Society Policies for Migrants*. Strassbourg: Council of Europe Publishing. <https://rm.coe.int/linguistic-integration-of-adult-migrants-requirements-and-learning-opp/16809b93cb>
- Auswärtiges Amt (Hrsg.) (2020). *Deutsch als Fremdsprache weltweit. Datenerhebung 2020*. Bonifatius GmbH. <https://www.auswaertigesamt.de/blob/2344738/b2a4e47fdb9e8e2739bab2565f8fe7c2/deutsch-als-fremdsprache-data.pdf>
- Bundeszentrale für politische Bildung (2023). *Verband/Verbände*. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18392/verband-verbaende/>
- de Cillia, R. (2022). Österreichische Sprachenpolitik und Mehrsprachigkeit in der 2. Republik. In O. Gruber & M. Tölle (Hrsg.), *Fokus Mehrsprachigkeit. 14 Thesen zu Sprache und Sprachenpolitik. Beiträge aus Österreich und Europa* (S. 166–189). ÖGB Verlag.
- Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur (2019). *Key competences for lifelong learning*. Publications Office: Brüssel. <https://data.europa.eu/doi/10.2766/569540>
- Europarat (2018). *Common European Framework of Reference for Languages: Learning, Teaching, Assessment Companion Volume with new Descriptors*. <https://rm.coe.int/cefr-companion-volume-with-new-descriptors-2018/1680787989>

- Europarat (2022). *Empfehlung CM/Rec(2022)1 des Minister:innen-Komitees an die Mitgliedstaaten über die Bedeutung der plurilingualen und interkulturellen Bildung für die demokratische Kultur*. Council of Europe Publishing. Englische und französische Originalversion: https://search.coe.int/cm/Pages/result_details.aspx?ObjectID=0900001680a563ca
- Goullier, F. (2007). *The Common European Framework of Reference for Languages (CEFR) and the development of language policies: challenges and responsibilities*. Strassbourg: Council of Europe.
- Hoefele, J. (2019). Die Mittlerorganisationen und die auswärtige Sprach- und Kulturpolitik der deutschsprachigen Länder und ihre Strategien für die Zukunft. In B. Forster Vosicki, C. Gick & T. Studer (Hrsg.), *IDT 2017. Band 3: Sprachenpolitik: Expertenberichte und Freiburger Resolution* (S. 51–76). Erich Schmidt Verlag.
- IDT 2017 (2017). *Freiburger Resolution zur Sprachenpolitik. 11 Thesen zur Stärkung und Weiterentwicklung von Deutsch als Fremd- und Zweitsprache*. https://www.goethe.de/resources/files/pdf135/freiburger_resolution_idt_2017_komplett.pdf
- Koglbauer, R. & Jarzabek, A.-D. (2019). Sprachenpolitisches Handeln von Verbänden. In B. Forster Vosicki, C. Gick & T. Studer (Hrsg.), *IDT 2017. Band 3: Sprachenpolitik: Expertenberichte und Freiburger Resolution* (S. 30–50). Erich Schmidt Verlag.
- Krumm, H.-J. (2009). *Mehrsprachigkeit und die Rolle der deutschen Sprache*. http://www.plattform-migration.at/fileadmin/data/Publikationen/Krumm_2009_Mehrsprachigkeit_und_die_Rolle_der_deutschen_Sprache.pdf
- Krumm, H.-J. (2021). *Sprachenpolitik Deutsch als Fremd- und Zweitsprache. Eine Einführung*. Erich Schmidt Verlag.
- Krumm, H.-J. (2022). Mehrsprachigkeit als Teil unserer Identität. In O. Gruber & M. Tölle (Hrsg.), *Fokus Mehrsprachigkeit. 14 Thesen zu Sprache und Sprachenpolitik. Beiträge aus Österreich und Europa* (S. 30–42). ÖGB Verlag.
- OECD (2016). *PISA 2015 Ergebnisse (Band 1): Exzellenz und Chancengerechtigkeit in der Bildung*. PISA, W. Bertelsmann Verlag. <https://doi.org/10.1787/9789264267879-de>
- ÖDaF (Österreichischer Verband für Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache) (2017). *Thesen von Dénesfa Positionierung des ÖDaF zu Deutsch als Zweitsprache*. https://www.oedaf.at/dl/MLkqJKJmMkJqx4KJK/thesen_denesfa_2017.pdf
- Shohamy, E. (2006). *Language Policy: Hidden Agendas and New Approaches*. Routledge.
- Sprachenpolitische Kommission des IDV (Hrsg.) (2021). *Handreichung Sprachenpolitische Öffentlichkeitsarbeit der Verbände*. <https://idvnetz.org/sprachenpolitische-kommission>

